

N i e d e r s c h r i f t

über die öffentliche Sitzung des Kreistages
des Landkreises Osterode am Harz in der Wahlperiode 2006/2011
am 15. Dezember 2008, 15.00 Uhr,
im Saal des Landgasthofs und Hotels Trüter,
Mitteldorfstr. 1 (Eingang: Angerstr.), 37197 Hattorf am Harz

Anwesend:

Mitglieder des Kreistages

Landrat Bernhard Reuter und
die Kreistagsabgeordneten

Wilhelm Berner, Osterode am Harz
Werner Bruchmann, Bad Sachsa
Wolfgang Dervedde, Osterode am Harz
Hans-Jürgen Gückel, Herzberg am Harz
Christa Hartz, Herzberg am Harz
Karl-Heinz Hausmann, Osterode am Harz
Hans-Jürgen Hausemann, Bad Sachsa
Edgar Hopfstock, Wieda
Ulrich Kamphenkel, Wieda
Manfred Keimburg, Osterode am Harz
Helga Klages, Osterode am Harz
- Vorsitzende -
Rosita Klenner, Walkenried
Andreas Körner, Bad Lauterberg im Harz
- stellv. Vorsitzender -
Barbara Lex, Windhausen
Klaus Liebing, Bad Sachsa
Herbert Lohrberg, Eisdorf
Helga Meyer, Herzberg am Harz
Herbert Miche, Walkenried

Marianne Niederheide, Osterode am Harz
Lutz Peters, Herzberg am Harz
Klaus Posselt, Herzberg am Harz
Barbara Rien, Bad Lauterberg im Harz
Raymond Rordorf, Osterode am Harz
Eike Röger, Bad Lauterberg im Harz
Gerd Schirmer, Hattorf am Harz
Reinhard Schmitz, Herzberg am Harz
Uwe Schrader, Osterode am Harz
Ulrich Schramke, Herzberg am Harz
Regina Seeringer, Osterode am Harz
Eberhard Siegler, Osterode am Harz
Erich Sonnenburg, Badenhausen
Peter Stecher, Bad Sachsa
Holger Thiesmeyer, Bad Lauterberg im Harz
Manfred Thoms, Hattorf am Harz
Susanne Voigt, Badenhausen
Günter Wellerdick, Herzberg am Harz
Karin Wode, Elbingerode
Walter Zietz, Bad Lauterberg im Harz

Von der Verwaltung

Erster Kreisrat Gero Geißbreiter
Baudirektor Günter Jentsch
Medizinaldirektorin Dr. Ursula Schaper
Kreisoberamtsrat Holger Ahrens
Kreisoberamtsrat Michael Bührmann
Kreisoberamtsrat Siegfried Pfister
Kreisangestellter Rüdiger Brakel
Kreisangestellter Franz-Michael Hemesath
Kreisamtmann Jörg Schattenberg - als Protokollführer -

Es fehlen entschuldigt
die Abgeordneten

Henning Kruse, Wulften am Harz
Hermann Seifert, Bad Sachsa
Frank Seeringer, Osterode am Harz
Fritz Vokuhl, Bad Lauterberg im Harz

Punkt 1:

Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Die Vorsitzende eröffnet um 15.12 Uhr die öffentliche Sitzung des Kreistages. Sie begrüßt die Anwesenden, besonders Samtgemeindebürgermeister Hellwig, die Mitglieder der Personalvertretung der Kreisverwaltung sowie die Vertreter der Presse.

Sodann stellt die Vorsitzende die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Punkt 2:

Anträge zur Tagesordnung

Der Abg. Thoms beantragt für den Punkt 15 der Tagesordnung „Antrag des Abg. Hausemann; Mittelverwendung bei Projekten gegen extremistische politische Gruppierungen“ die Nichtbefassung. Er begründet diesen Antrag mit der Unzuständigkeit des Landkreises Osterode am Harz für die Vergabe der Zuwendungen. Ergänzend verweist der Abg. Thoms auf die Beschlussempfehlungen des Ausschusses für Jugend, Soziales und Integration am 3. Dez. 2008 und des Kreisausschusses am 8. Dez. 2008.

Der Abg. Hausemann hält die vorgebrachte Begründung für nicht hinreichend und spricht sich gegen den Nichtbefassungsantrag aus.

Es ergibt sich eine kontroverse Aussprache hinsichtlich des formalen Antragsrechtes an der sich die Abg. Hausemann und Rordorf sowie der Landrat beteiligen.

Sodann lässt die Vorsitzende über den

Antrag

auf Nichtbefassung mit dem Punkt 15 der Tagesordnung „Antrag des Abg. Hausemann; Mittelverwendung bei Projekten gegen extremistische politische Gruppierungen“

abstimmen.

(Abstimmungsergebnis: 35 Stimmen dafür,
1 Gegenstimme und
3 Stimmenthaltungen)

Der Antrag ist damit angenommen.

Sodann stellt der Kreistag folgende

Tagesordnung

fest:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
2. Anträge zur Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Kreistages am 17. Nov. 2008
4. Bericht des Landrats über wichtige Angelegenheiten
5. Wahl von Abgeordneten für die Dritte Curie der Calenberg-Grubenhagenschen Landschaft
6. Veröffentlichung der Niederschriften auf der Homepage des Landkreises Osterode am Harz;
Befristung bis zum 31. Dez. 2008
7. Verkauf von Grundstücken
8. Stellenplan für das Haushaltsjahr 2009
9. Erlass der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2009
10. Haushaltssicherungskonzept 2009

...

11. Mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung 2008-2012
12. Regionalisiertes Teilbudget (RTB) 2007 - 2013;
Novellierung der Richtlinie „Förderung zur Entwicklung von Unternehmen“
13. Satzung über die Bildung und Tätigkeit des Beirats für Menschen mit Behinderungen im Landkreis Osterode am Harz
14. Antrag des Abg. Hausemann;
Einführung eines Sozialtarifs für Stromkunden
15. Anfragen und Mitteilungen
16. Einwohnerfragestunde

Punkt 3:

Genehmigung der Niederschrift über die
Sitzung des Kreistages am 17. Nov. 2008

Der Abg. Hausemann weist darauf hin, dass auf Seite 10 Abs. 3 der Niederschrift die Bezeichnung „Frankfurter Neue Presse“ durch die Bezeichnung „Neue Presse“, Hannover, zu ersetzen sei.

Die Niederschrift über die Sitzung des Kreistages am 17. Nov. 2008 wird unter Berücksichtigung der Änderung genehmigt.

(Abstimmungsergebnis: einstimmig)

Punkt 4:

Bericht des Landrats über wichtige Angelegenheiten

1. Tourismusoffensive

Der Landrat berichtet, dass die Regierungsfractionen des Nds. Landtags vor der Sommerpause eine Erklärung zur Tourismusoffensive für den Harz abgegeben haben. Die weitere Ausgestaltung durch einen Entschließungsantrag vom 3. Sept. 2008 bezeichnet der Landrat als enttäuschend. Sie enthalte im Wesentlichen Allgemeinplätze und lasse konkrete Zusagen hinsichtlich einer möglichen Unterstützung der lokalen Akteure vermissen. Die Probleme der Westharzer Tourismusorte, wie das Fördergefälle zu den angrenzenden Bundesländern Thüringen und Sachsen-Anhalt und die fehlenden Marketingmittel, seien seit langem bekannt. Das Gespräch mit der Region sei im Vorfeld nicht gesucht worden. Die SPD-Landtagsfraktion habe Änderungsanträge unterbreitet, die sich auf zwischen dem Harzer Verkehrsverband (HVV) und den betroffenen Landkreisen abgestimmte Vorschläge stützen.

Insbesondere wurde gefordert, den vorliegenden Antrag des HVV auf Durchführung einer Marketing-Offensive 2009 bis 2011 zu bewilligen, Maßnahmen zur kulturhistorischen Stärkung des Harzes im Zusammenhang mit dem Antrag des Landes, die „Oberharzer Wasserwirtschaft“ in die UNESCO-Liste der Welterbestätten aufzunehmen, finanziell zu fördern und eine Initiative für eine verstärkte finanzielle Förderung der qualitativen Verbesserung des Angebots von Beherbergungsbetrieben zu starten. Das Hauptproblem stelle der Investitionsstau hinsichtlich des Bettenangebots dar. Der Ostharz habe hier einen großen Vorsprung beim Service und der Ausstattungsqualität. Aufgrund des Eigenkapitalmangels der örtlichen Betriebe sei ein entsprechendes Förderprogramm dringend erforderlich.

Ein entsprechender Änderungsantrag, der die fehlenden Punkte in die EntschlieÙung aufnehmen sollte, wurde leider durch die Mehrheitsfraktionen im Fachausschuss abgelehnt. Die abschließende Entscheidung sei in der Plenarsitzung am 12. Dez. 2008 kurzfristig vertagt worden, so dass die Chance bestehe, nochmals auf die Regierungsfractionen einzuwirken: Der EntschlieÙungsantrag müsse konkreter und verbindlicher gefasst werden sowie Aussagen zum finanziellen Engagement enthalten.¹

Die Abg. Meyer führt aus, dass sie Herrn Minister Hirche entsprechend informiert und in den Landkreis Osterode am Harz eingeladen habe; eine Antwort stehe noch aus. Sie sei der Ansicht, dass der Harz einen erheblichen Nachholbedarf auf dem Tourismussektor habe und sie hierzu die Unterstützung des Landes erwarte. Um die Investitionsbereitschaft der Tourismusbetriebe zu fördern, regt sie an, die Dauer der Baugenehmigungsverfahren zu verkürzen. Abschließend geht sie auf die Umsetzung des Projektes „Harzer Baudenstieg“ ein und regt an, bei der Routenplanung auch den Herzberger Ortsteil Sieber einzubeziehen.

Der Landrat dankt der Abg. Meyer für die Einladung an Minister Hirche und bittet sie hinsichtlich der EntschlieÙung auf ihre Landtagsfraction einzuwirken. Hinsichtlich der Dauer der Baugenehmigungsverfahren sieht er keinen Handlungsbedarf. Ihm sind zu diesem Thema keine Beschwerden bekannt. Die Routenplanung des Harzer Baudenstiegs lasse es nicht zu, alle Örtlichkeiten anzubinden. Die gleichzeitige Berücksichtigung der Orte Sieber und Lonau sei nicht möglich und die Planung sehe den Ort Lonau als Station bereits vor.

Die Abg. R. Seeringer führt aus, sie stelle keine gravierenden Unterschiede zwischen dem EntschlieÙungsantrag der Regierungsfractionen und den Forderungen der SPD-Landtagsfraction fest. Bei genauer Betrachtung könne man feststellen, dass die Anzahl hochwertiger Beherbergungsbetriebe mit 5 „Sternen“ sehr groß sei, während die mittlere Kategorie mit 2 oder 3 „Sternen“ unterrepräsentiert sei. Entscheidend sei für sie die Einigkeit der politisch Verantwortlichen. Eine positive Darstellung des Harzes sei erforderlich.

Der Landrat erwidert, dass die Unterschiede der Forderungen durchaus vorhanden seien und von ihm im einleitenden Bericht auch dargestellt wurden. Der Änderungsantrag umfasse immerhin 7 konkrete Punkte. Einigkeit zwischen dem HVV und den betroffenen Landkreisen sei gegeben und eine positive Darstellung allein könne die Probleme nicht lösen.

¹ Anmerkung: Die Beschlussfassung ist nicht vertagt worden, sondern ohne Aussprache erfolgt.

Der Abg. Hausmann führt aus, dass ohne finanzielle Unterstützung durch das Land keine Anschubfinanzierung möglich sei. Als negatives Beispiel führt er die für den Oberharz geplante Beschneiungsanlage an. Diese sei zunächst aufgrund des Widerstandes der Umweltverbände verzögert worden und könne jetzt wegen fehlender Finanzmittel nicht mehr realisiert werden.

Abschließend ergibt sich eine kurze Aussprache zu den Fördermodalitäten, an der sich die Abg. Gückel, Meyer, Hausmann, Schmitz und Schirmer sowie der Landrat beteiligen.

2. Öffentlich-rechtlicher Vereinbarung über die Wahrnehmung von Aufgaben der Jugendhilfe

Der Landrat berichtet, das die öffentlich-rechtliche Vereinbarung vom 22. Juli 1994 von der Samtgemeinde Hattorf am Harz und ihren Mitgliedsgemeinden mit dem Ziel neuer Verhandlungen fristgerecht mit Wirkung vom 1. Jan. 2010 gekündigt worden ist. Wenn keine Einigung über eine neue Vereinbarung erzielt werden kann, fällt die Aufgabe an den Landkreis Osterode am Harz zurück.

3. Genehmigung 1. Nachtragshaushaltssatzung 2008

Der Landrat berichtet, dass das Nds. Ministerium für Inneres, Sport und Integration mit Verfügung vom 11. Dez. 2008 die 1. Nachtragshaushaltssatzung und den 1. Nachtragshaushaltsplan des Landkreises Osterode am Harz für das Jahr 2008 genehmigt habe.

Punkt 5:

Wahl von Abgeordneten für die Dritte Curie der Calenberg-Grubenhagenschen Landschaft.

- Drucksache Nr. 156 -

Beschluss:

Der Kreistag folgt dem Vorschlag des Präsidenten der Landwirtschaftskammer Niedersachsen und wählt als Abgeordnete für die Dritte Curie der Calenberg-Grubenhagenschen Landschaft

Hans Heisecke, Klingenhagener Weg 3, 37520 Osterode am Harz, und
Friedel Großkopf, Osteroder Straße 30, 37520 Osterode am Harz,

und als deren Vertreter

Heinrich Reinhardt, Mittelstraße 20, 37412 Hörden am Harz, und
Horst Winter, Königshagener Ring 6, 37431 Bad Lauterberg im Harz.

(Abstimmungsergebnis: einstimmig)

Punkt 6:

Veröffentlichung der Niederschriften auf der Homepage
des Landkreises Osterode am Harz;
Befristung bis zum 31. Dez. 2008

- Drucksache Nr. 150 -

Beschluss:

Die Einstellung der Niederschriften über öffentliche Sitzungen des Kreistages und der Fachausschüsse nach Genehmigung auf der Homepage des Landkreises wird unbefristet fortgeführt. Die Möglichkeit zur antragsfreien Einsicht dieser Dokumente im Kreishaus wird weiterhin gewährleistet.

(Abstimmungsergebnis: einstimmig)

Punkt 7:

Verkauf von Grundstücken

- Drucksache Nr. 151 -

Beschluss:

Der Landrat wird ermächtigt, die Grundstücke der Gemarkung Hattorf am Harz, Flur 41/Flurstück 64, Flur 42/Flurstücke 2,3,4,6,7,9,10,12,13,14,15 und 16, für einen Mindestpreis von 0,95 €/m² meistbietend zu verkaufen und die für die Auflassung erforderlichen rechtsgeschäftlichen Erklärungen abzugeben.

Sämtliche durch den Verkauf anfallende Kosten (z.B. Notarkosten usw.) gehen zu Lasten des Käufers.

(Abstimmungsergebnis: einstimmig bei
1 Stimmenthaltung)

Die Vorsitzende schlägt vor, die Tagesordnungspunkte

Punkt 8: - Stellenplan für das Haushaltsjahr 2009,

Punkt 9: - Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2009,

Punkt 10: - Haushaltssicherungskonzept 2009 und

Punkt 11: - Mittelfristige Finanzplanung 2008 - 2012

wegen der inhaltlichen Nähe gemeinsam zu beraten und anschließend getrennt zu beschließen. Diesem Vorschlag stimmt der Kreistag zu.

Der Abg. Thoms nimmt für die SPD/FDP-Gruppe Stellung. Er führt aus, dass die SPD/FDP-Gruppe der Haushaltssatzung und dem Haushaltsplan 2009 uneingeschränkt zustimmen wird.

Landrat Bernhard Reuter sei es erneut gelungen, einen Haushalt vorzulegen, der die gebotene Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit berücksichtigt. Das sei umso bemerkenswerter, weil sich die Rahmenbedingungen insgesamt nicht zum Vorteil des Landkreises verändert haben. Im Ergebnis werde die Steigerung bei den Schlüsselzuweisungen durch den Rückgang der Kreisumlage um 1,8 Mio. € und immer noch steigende Sozialausgaben mehr als aufgezehrt.

An dieser Stelle erinnert er - wie im vergangenen Jahr und trotz der Steigerung bei den Schlüsselzuweisungen - an den Eingriff des Landes in den Finanzausgleich im Jahre 2005. Dieser Eingriff sei mit der Anhebung der Steuerverbundquote im Jahre 2007 nicht vollständig rückgängig gemacht worden. Das Land entziehe den Kommunen immer noch Mittel in nahezu 3-stelliger Millionenhöhe jährlich. Es bleibe aufgefordert, für einen auskömmlichen Finanzausgleich zu sorgen. Dieser Eingriff des Landes habe neben den Anfang dieses Jahrzehnts ungünstigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen entscheidend dazu beigetragen, dass die Kommunen Niedersachsens Liquiditätskredite in Milliardenhöhe hätten ansammeln müssen. Die Zinsbelastung aus Liquiditätskrediten sei für unseren Landkreis erdrückend. Gäbe es sie nicht, ließe sich der Ergebnishaushalt annähernd ausgleichen.

Einen Ausgleich über die Kreisumlage herbei zu führen, verbiete sich für die SPD/FDP-Gruppe, weil die kreisangehörigen Gemeinden unter denselben schlechten Rahmenbedingungen litten, wie der Landkreis. Deshalb halte es die SPD/FDP-Gruppe - genauso wie Landrat Bernhard Reuter es vorgeschlagen habe - für vertretbar, die Kreisumlage nicht zu erhöhen. Sie wolle die Liquiditätskredite der kreisangehörigen Gemeinden mit einer Erhöhung der Kreisumlagesätze nicht weiter in die Höhe treiben, zumal sich die Verhältnisse zwischen dem Landkreis und seinen kreisangehörigen Gemeinden ja bei den Liquiditätskrediten angeglichen hätten.

Die SPD/FDP-Gruppe sehe in der sich aus der Finanzkrise ergebenden Wirtschaftskrise ein großes Risiko für den Ergebnishaushalt 2009 und die Haushalte der folgenden Jahre. Es müsse davon ausgegangen werden, dass

- die Sozialausgaben weiter ansteigen werden,
- die Kreisumlage und die Schlüsselzuweisungen wegen geringerer Steuereinnahmen der Gemeinden, Länder und des Bundes einbrechen werden und
- die Haushaltsverhältnisse des Landkreises für eine geraume Zeit mindestens genauso angespannt sein werden wie in den Jahren 2003 bis 2006.

Dieser Entwicklung begegne die SPD/FDP-Gruppe nicht mit der Rasenmähermethode, die die CDU-Kreistagsfraktion einsetzen will, um die Aufwendungen des Landkreises an seine demographische Entwicklung anzupassen. Die SPD/FDP-Gruppe lehne pauschale Kürzungen ab, insbesondere solche, die nicht durchdacht und so wenig konkret seien, dass für ihre Ergebnisse keine Verantwortung übernommen werden müsse.

Die in der Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses am 5. Dez. 2008 von der CDU-Kreistagsfraktion gestellten Anträge,

- pauschal jährlich 1 % der Personalkosten einzusparen und
- pauschal 10 % der beeinflussbaren Ausgaben einzusparen,

seien völlig ungeeignet, weil sie die wirtschaftliche Krisensituation ignorierten und den Blick dafür verstellten, dass mit der demographischen Entwicklung differenzierter umgegangen werden müsse. Schwarz-Weiß-Malerei bringe niemanden weiter; Lösungen seien gefragt.

Im Haushaltssicherungskonzept sei übrigens dargelegt, dass nur mit konkreten Maßnahmen eine Konsolidierung erreicht werden könne. So fordere es auch das Gesetz. Wer sparen wolle, müsse auch sagen, wo gespart werden soll. Die Maßnahmen, die Landrat Bernhard Reuter mit dem Haushaltssicherungskonzept dem Kreistag zur Annahme empfiehlt, seien alternativlos und würden von der SPD/FDP-Gruppe mitgetragen. In der Summe generierten diese Maßnahmen im Haushaltsjahr 2009 ein Einsparungspotential von ca. 1,9 Mio. €.

Die SPD/FDP-Gruppe sei der Auffassung, dass Stellen dort abgebaut werden müssten, wo sie nicht mehr benötigt werden, aber auch neue Stellen dort geschaffen werden müssten, wo neue Aufgaben oder verstärkter Arbeitsanfall sie erforderten. Diese bedarfsorientierte Betrachtung sei im Stellenplan 2009 einmal mehr von der Verwaltung vorgeschlagen worden, nämlich durch die Streichung von 3,6 Stellen und die Schaffung von 2,6 Stellen. Diese Vorgehensweise entspreche dem Verständnis der SPD/FDP-Gruppe von verantwortlichem Handeln. Die SPD/FDP-Gruppe werde dem Stellenplan 2009 uneingeschränkte Zustimmung geben.

Eine pauschale Kürzung von jährlich 1 % der Personalkosten, also 220.000 € oder etwas mehr als 5 Stellen, führe nur dazu, dass nicht mehr ausreichend Personal zur Verfügung stehen würde, um z.B. im sozialen Bereich die Leistungen zu erbringen, auf die die Hilfebedürftigen einen Anspruch haben, oder im Bereich des Verbraucherschutzes die Kontrollen durchzuführen, um Schaden von den Verbrauchern abzuwenden. Es sei bequem, solche unbestimmten Anträge zu stellen, die nicht einmal eine Aussage darüber trafen, wie vorzugehen sei, wenn einzelne Jahre mit Lohnsteigerungen von mehreren Prozent belastet sind; nach dem Antrag der CDU-Kreistagsfraktion wären dann für das Jahr 2009 sogar ca. 1 Mio. € einzusparen; das entspreche 25 Stellen.

Genauso verhalte es sich mit dem Antrag, 10 % der beeinflussbaren Ausgaben einzusparen. Bezogen auf den Ergebnishaushalt könnte dies bedeuten, dass von den für die Schulen vorgesehenen Bauunterhaltungsmitteln von 1,3 Mio. € - das sind beeinflussbare Ausgaben - 130.000 € einzusparen seien, und bezogen auf den Finanzhaushalt - Auszahlungen für Investitionen - bedeute dies, dass von dem Gesamtbetrag von 7,4 Mio. € 740.000 € einzusparen seien, auf die Schulen entfallen davon 220.000 €, die weniger investiert würden. Entsprechend würde es sich mit der Wirtschaftsförderung und den aber auch dringend notwendigen Investitionen in Kreisstraßen verhalten.

Die SPD/FDP-Gruppe werde diese Anträge der CDU-Kreistagsfraktion - sollten sie auch in dieser Sitzung gestellt werden - ablehnen. Die SPD/FDP-Gruppe lasse es nicht zu, dass pauschal gekürzt werde und unsere heimische Wirtschaft in schwieriger Lage noch weit weniger Impulse bekomme. Darüber hinaus sei eine solche Kürzung in der gegenwärtig eintretenden Rezession genau das falsche Signal. Die Parteien überböten sich zurzeit mit Vorschlägen, nicht nur mehr Mittel für kommunale Investitionen bereitzustellen, z. B. in Schulen - sogar die Bundesbildungsministerin avisiert 100.000 € pro Schule -, sondern auch konsumtive Ausgaben zu erhöhen. Die SPD/FDP-Gruppe würde es natürlich begrüßen, wenn es neue Förderprogramme für Investitionen in die kommunale Infrastruktur alsbald geben würde. Dabei erwarte sie, dass das Land Niedersachsen ein eigenes Programm auflege und bei möglichen Förderprogrammen des Bundes sich entlastend für seine Kommunen beteilige. Landrat Bernhard Reuter werde bereits jetzt darum gebeten, jede Möglichkeit auf eine Teilnahme zu prüfen und ggf. dem Kreistag Maßnahmen zur Beschlussfassung vorzuschlagen. Hoffentlich würden die Voraussetzungen neuer Förderprogramme für eine Inanspruchnahme nicht so hoch angesetzt, dass unserem Landkreis eine Förderung von vornherein versagt bleibe, so wie es im Rahmen des Investitionspaktes 2008 für investive Maßnahmen zur nachhaltigen Reduzierung von Energieaufwendungen geschehen sei; danach sei im Vergleich mit anderen Landkreisen die Finanzkraft unseres Landkreises noch nicht unterdurchschnittlich genug.

Der Finanzhaushalt sei mit seinem Investitionsvolumen, insbesondere mit dem größten Anteil, der für unsere Schulen vorgesehen sei, sehr gut auf die vom Kreistag am 9. Juni 2008 beschlossenen strategischen Bildungsziele ausgerichtet. Das gelte noch unmittelbarer für einzelne Investitionen in Schulen; beispielhaft nennt der Abg. Thoms an dieser Stelle den Bau der Mensa an der Wartbergschule, auf den Landrat Bernhard Reuter in seiner Einbringungsrede zum Haushaltsplanentwurf ausführlich eingegangen ist und die Vorteile des besonderen Konzeptes zum Betrieb erläutert hat.

Die in der Sitzung des Finanzausschusses am 5. Dez. 2008 vorgeschlagene Erhöhung des Investitionsvolumens für ein touristisches Leitsystem trage die SPD/FDP-Gruppe mit und stelle bei dieser Gelegenheit klar, dass sie nicht daran denke, die kreisangehörigen Gemeinden an diesen Kosten zu beteiligen. Das wäre ganz anders, wenn pauschal 10 % der beeinflussbaren Ausgaben gekürzt würden.

Weiterhin geht der Abg. Thoms auf die zusätzlichen Aufwendungen für Energieberatung für Menschen mit Transferleistungen im Ergebnishaushalt ein, die auf Antrag des Abgeordneten Rordorf berücksichtigt wurden. Es bestehe Einigkeit, dass der Ansatz erst in Anspruch genommen werde, wenn geklärt sei, dass diese Mittel konzeptionell sinnvoll eingesetzt werden könnten und das Konzept in den Gremien erörtert worden sei.

Die Investitionen müssten mit Krediten von 3,9 Mio. € finanziert werden. Das sei nicht unerheblich. Dieser Betrag liege aber noch unter der jährlichen Tilgungsleistung, so dass eine leichte Entschuldung einträte. Es werde davon ausgegangen, dass die Aufsichtsbehörde den Kreditbedarf genehmige, denn die Entschuldung unseres Haushalts hätte höher ausfallen können, wenn das Land seinen Verpflichtungen auf zeitnahe Bezuschussung für den Ausbau von Kreisstraßen nachgekommen wäre.

Allein für den Ausbau der K 6 „Auekrug – Hattorf“ erfolge nach der Mittelfristigen Finanzplanung eine Vorfinanzierung über Kredite in Höhe von mehr als 600.000 €. Dieser verzögerte Mittelzufluss, der sich bis ins Jahr 2010 fortsetze, werde kritisiert. Ansonsten sei die SPD/FDP-Gruppe auch mit der Mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung einverstanden.

Zum Schluss erneuere er seine Appelle aus den Vorjahren, indem er Landrat Bernhard Reuter und seine Verwaltung auffordere, auch den Haushalt 2009 restriktiv auszuführen.

Für die CDU-Kreistagsfraktion nimmt die Abg. R. Seeringer wie folgt Stellung:

Die Finanzlage des Landkreises Osterode am Harz habe sich im letzten Jahr wieder verschärft. Wurden 2007 erhebliche Defizite durch enorme Zuwendungen des Landes, - selbst für die zusätzlichen Kosten des demographischen Wandels wurde 1 Mio. € zusätzlich zur Verfügung gestellt - abgebaut, so erreiche das Defizit dieses Haushaltes, den der Landrat vorlegt habe, wieder die 3 Mio. € Grenze.

Dass diese Handlungsweise seit langem rechtswidrig sei, wolle die CDU Fraktion noch einmal in Erinnerung rufen: Im § 82 der NGO und § 65 NLO stehe, dass der Haushalt in jedem Jahr in Planung und in Rechnung ausgeglichen sein solle. Er sei ausgeglichen, wenn der Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge dem Gesamtbetrag der ordentlichen Aufwendungen entspreche. Könne der Haushaltsausgleich nicht erreicht werden, so sei ein Haushaltssicherungskonzept aufzustellen, in dem festgelegt werde, innerhalb welchen Zeitraumes der Haushaltsausgleich erreicht, wie der ausgewiesene Fehlbetrag abgebaut und wie das Entstehen eines neuen Fehlbetrages in künftigen Jahren vermieden werden solle.

Dazu stehe auf Seite 6 des vorgelegten Haushaltssicherungskonzeptes: „...erscheint die Festlegung eines Zeitraumes, innerhalb dessen der vollständige Abbau der vorgetragenen Fehlbeträge erreicht wird, als unrealistisch, auch die eingeräumte Möglichkeit die vorgetragenen Fehlbeträge spätestens im zweiten dem Haushaltsjahr folgenden Jahr auszugleichen ... ist nicht zu erreichen.“

So einfach mache es sich der Landrat, gesetzliche Vorgaben zu missachten. In der freien Wirtschaft wären Vorstände, die seit Jahren Defizite produzieren und denen nichts einfalle, um grundsätzliche Strukturen infrage zu stellen, entlassen worden.

Eine durchgreifende Besserung sei nicht in Sicht. Die Abg. R. Seeringer erinnert, dass die Verschuldung je Einwohner um über 60% über dem Landesschnitt liege. Allein diese Zahlen machten deutlich, in welcher Situation wir uns befänden, aber auch, wie in den letzten Jahren gewirtschaftet worden sei. Auf die im Haushaltssicherungskonzept dargestellten Altfehlbeträge werde verwiesen.

Die CDU-Kreistagsfraktion könnte sich nun zurücklegen und den Landrat auffordern, einen gesetzeskonformen Haushalt vorzulegen, denn ein Haushalt, der gegen die fundamentalen Regeln der Gemeinde- und Landkreisordnung verstoße, sei mit der CDU-Kreistagsfraktion nicht zu machen. Trotzdem wolle sie auf einige wenige Punkte eingehen:

Den Katalog von Einsparvorschlägen, den die CDU-Kreistagsfraktion in den letzten Jahren eingebracht und ständig ergänzt habe, wolle sie nicht wiederholen. Es sei enttäuschend, wenn alle Vorschläge - auch unpopuläre -, die die CDU-Kreistagsfraktion mitzutragen gewillt sei, an der Mehrheit dieses Hauses abprallten.

Grundsätzlich sollten alle Teilhaushalte in den zuständigen Ausschüssen diskutiert werden und nicht nur im Jugendhilfe-, im Schul- und im Finanzausschuss, wobei festzustellen sei, dass der Schulausschuss so „wichtig“ sei, dass er gar nicht in der Presse erscheine und eine ausführliche Diskussion im Finanzausschuss überhaupt nicht vorgesehen gewesen sei, da die SPD- und FDP-Kreistagsfraktion gemeinsam ihre Zustimmung abgesprochen hätten und die Fragen der CDU-Kreistagsfraktion nur mitleidig vom Landrat belächelt worden seien.

Die CDU-Kreistagsfraktion freue sich über die gute Resonanz auf unsere Leuchttürme, das Klostermuseum in Walkenried und das HöhlenErlebnisZentrum. Jedoch erinnere sie auch an ihren Vorschlag, für beide Einrichtungen einen privaten Trägerverein zu gründen. Jetzt zeigten sich schon die befürchteten negativen Auswirkungen. Für das Museum sei eine „schwarze Null“ versprochen worden. Das in diesem Jahr entstehende Defizit gibt die Abg. R. Seeringer mit über 200 000 € an.

Wenn man sich die Macher dieser Museen ansehe - es seien nahezu die gleichen, die das Weltkulturerbe Rammelsberg mit knapp 800.000 € Defizit fast in den Ruin getrieben hätten - müsse man die Befürchtung haben, dass Ähnliches auch in Walkenried und Bad Grund geschehen könne. Diese kulturellen Kleinode sollten auch wirtschaftlich betrieben werden können.

Zum Tourismus führt die Abg. R. Seeringer aus, dass der Landkreis Osterode am Harz nicht nur durch seine Geschichte und Kultur einzigartig sei, sondern mit seinen Erlebnismöglichkeiten auf dem Gebiet des National- und Naturparks und des Oberharzer Wasserregals punkten könne. Es dürfe nicht immer nur alles kritisiert und öffentlich negativ dargestellt werden.

Es sei, so glaube die CDU-Kreistagsfraktion, ein einmaliger Vorgang, dass wieder neue Stellen in den Haushalt eingestellt wurden (z. T. mit 50 %-iger Förderung durch das Land – wobei man diese Mittel z.B. auch direkt in die Kinderbetreuung hätte geben können), die dafür sorgten, dass das Haushaltsdefizit 2009 sich noch um über 300 000 € vergrößere. Es werde kein Personal gebraucht, das neue Schulden produziere, sondern Personal, das für neue Arbeitsplätze Sorge, die unsere Arbeitslosen von der Straße hole - mit einer Arbeitslosenquote von 9,7 % belege der Landkreis Osterode am Harz einen negativen Spitzenplatz - und zukunftssträchtige Investitionen schaffe.

Überhaupt sei der Sozialetat für die Kreistagsabgeordneten nicht mehr zu kontrollieren, zumal die Masse der Ausgaben gesetzlich vorgegeben und ein Einfluss des Kreistages sehr begrenzt sei. Sie erinnert an das Jobcenter und die Unklarheit bzgl. der Optionskommunen, die vom Bundesgesetzgeber beantwortet werden müsse.

Trotz des engen finanziellen Spielraums unterstütze die CDU-Kreistagsfraktion gerade die Investitionen im Schulbereich, denn auf Grund der demographischen Entwicklung werde zunehmend die Bedeutung einer guten Schulausbildung sichtbar. Auch die finanzielle Ausstattung der Schulen sei unstrittig, denn die Schulen müssten mit verlässlichen Mitteln auch über ein Haushaltsjahr hinaus wirtschaften können.

Auf die Ablehnung des Mülletats durch die CDU-Kreistagsfraktion brauche nicht weiter eingegangen werden. Die Haltung der Fraktion zu den aus ihrer Sicht falschen Entscheidungen sei seit Jahren bekannt und ihre Vorschläge seien immer abgelehnt worden.

Probleme sehe die CDU-Kreistagsfraktion in der nächsten Zeit auch bei den Einnahmen der Kreisumlage. Hier werde sich ein dramatischer Einbruch nicht vermeiden lassen. Vor allem die wegbrechenden Einnahmen bei der Gewerbesteuer würden Auswirkungen auf unseren Haushalt haben. Als Ausgleich dafür in Zukunft lediglich an der Kreisumlageschraube zu drehen, könnten die Gemeinden nicht verkraften.

Bei den Personalkosten habe man durch Zusammenlegung von Ämtern und damit Einsparung der Amtsleiter - auch wenn im Gegenzug die entsprechende Besoldung erhöht werde - im letzten Nachtragshaushalt den richtigen Weg eingeschlagen. Die CDU-Kreistagsfraktion halte dies für eine richtige Entscheidung und was bei den Amtsleitern gehe, müsse auch in den weiteren Ebenen möglich sein. Die CDU-Kreistagsfraktion sei überzeugt, dass dort noch viel Einsparpotential liege.

Man müsse sich z.B. auch fragen, ob ein Landkreis ein Planungsamt brauche. Diese sowie andere Leistungen könne man sich auch außerhalb der Verwaltung einkaufen, wenn sie gebraucht werden. Alternativ könne der Landkreis zentral die Planungen für die Gemeinden übernehmen. In unserem kleinen Landkreis würden beispielsweise keine 8 Bauämter und keine 8 Kämmereien gebraucht, zumal die Technik zentral durch die KDS zur Verfügung gestellt werde. Das haben die CDU-Kreistagsfraktion schon vor 9 Jahren in einer Haushaltsrede gesagt. Auch sollte man sich überlegen, die Straßenmeistereien mit den Kommunen gemeinsam zu betreiben. Weiterhin gebe es sicher noch andere Möglichkeiten der Kostenersparnis auf dem Gebiet der interkommunalen Zusammenarbeit. Die CDU-Kreistagsfraktion wolle in den Städten und Gemeinden darauf drängen, dass hier in Zukunft etwas Vernünftiges im Interesse unserer Bürger geschehe.

Der Antrag der CDU-Kreistagsfraktion zur einprozentigen Einsparung - angeglichen an den Rückgang der Bevölkerung - werde in jedem Jahr wieder gestellt werden. Wenn es durch den demografischen Wandel andere Aufgaben gebe, sollten diese verwaltungsintern geklärt werden. Die Abg. R. Seeringer erinnert an die Umsetzung der strategischen Oberziele, die im Juni 2008 beschlossen wurden.

Auch die übereifrigen Initiativen der Denkmalspflege führten zu Entscheidungen, denen oftmals der Realitätssinn fehle und die Investitionen verhinderten. Die Rechtslage könne gerade in diesem Bereich durchaus an die örtlichen und finanziellen Möglichkeiten angepasst werden. Die derzeitige Vorgehensweise halte sie für nicht bürger- und investitionsfreundlich.

Wenn das Land ganze Bezirksregierungen abschaffe und Verwaltungen schlanker und effektiver würden, dann seien im Landkreis viele Einsparpotentiale vorhanden, die natürlich unter der straffen Leitung eines Landrates erarbeitet werden müssten.

Bei den Mehreinnahmen durch erhöhte Bußgelder müsse man sich langsam auch die Frage stellen, ob das weitere Anbringen von Radarfallen, letztlich zur Verbesserung der Kreisfinanzen, noch etwas mit bürgernaher und -freundlicher Politik zu tun habe. Verkehrsüberwachung zur Verkehrssicherheit finde allerdings die volle Unterstützung der CDU-Kreistagsfraktion.

Wie hilflos die Kreisverwaltung sei, zeige sich dadurch, dass man meine, mit der Erhöhung der Jagdsteuer um 6.000 € den Haushalt retten zu können und damit ehrenamtliches Engagement bestrafe. Auf der anderen Seite genehmige sich der Landrat 36.300 € Verfügungsmittel/Repräsentationskosten. Dem könne die CDU-Kreistagsfraktion nicht zustimmen.

Die Kreistagsabgeordneten müssten sich sehr ernsthaft als Kreistag und Vertreter der Kreisbevölkerung fragen, ob sich die Einwohner diese Kreisverwaltung noch leisten wollten und könnten. Das bedeute aber auch wieder Verantwortung zu übernehmen und Abschied zu nehmen von der „Rund-um-Versorgung“ durch den Staat. Der Staat könne in Zukunft - und davon sei die CDU-Kreistagsfraktion fest überzeugt - nur noch für die wirklich Hilfebedürftigen da sein, und allen Bürgerinnen und Bürgern müsse der Staat die Freiheit geben, sich selbst zu entwickeln.

Unter dieser engen Prämisse sollten auch künftige Haushalte gesehen werden:

- Zurückziehen auf unsere Kernaufgaben
- Stärkung und Unterstützung des Ehrenamtes und der Nachbarschaftshilfe
 - Die Abg. R. Seeringer erinnert an die vielen Vereine in unserer Gesellschaft, wobei die KVHS erfolgreich die Ausbildung und Unterstützung der Ehrenamtlichen anbiete -
- Herauslösen des Staates aus den Bereichen, in denen er nicht verpflichtet sei und die nur über neue Schulden zu finanzieren seien
 - Personalität, Subsidiarität und Solidarität als Teil der christlichen Soziallehre -

Einzelheiten und neue Ideen sollten in den Ausschüssen diskutiert werden. Dazu gehöre auch die Überprüfung der freiwilligen Aufgaben, wie z. B. die Musikschule, die - das zeigten viele Beispiele - privatisiert werden könne.

Es sei unverantwortlich, die nächste Generation mit den hohen Schulden, die wir zu verantworten hätten, zu belasten. Die CDU-Kreistagsfraktion wolle keine bürokratische Gängelung, sie wolle Investitionswünsche fördern und Anreize schaffen, moderne Strukturen aufbauen und Perspektiven gerade für junge Menschen eröffnen. Andere Landkreise seien da schon wesentlich weiter.

Bei solch einem Programm mit einer gut aufgestellten Kernverwaltung und optimistischer Zukunftsvision sei die CDU-Kreistagsfraktion bereit, zum Wohle der Menschen in unserem Landkreis und der Zukunft unserer Region, auch unpopuläre Maßnahmen gemeinsam zu tragen. Dazu gehörten richtungweisende und mutige Beschlüsse, die bei unserer Haushaltslage unumgänglich sind.

Die Abg. R. Seeringer regt an, im Vorfeld künftiger Haushaltsberatungen mit allen Fraktionsvorsitzenden und den stellv. Landräten im Kreistag zu sprechen.

Mit einem „weiter so“ seien die drängenden Zukunftsprobleme in unserem schönen Landkreis nicht zu meistern. Da die Sanierung der finanziellen Grundlagen durch zielgerichtete Entscheidungen im vorliegenden Haushalt fehle, lehne die CDU-Kreistagsfraktion den Haushalt inkl. des Stellenplans, das Haushaltssicherungskonzept und die Ergebnis- u. Finanzplanung ab.

Die Abg. Meyer führt für die FDP-Kreistagsfraktion aus, dass die Standpunkte innerhalb der SPD/FDP-Gruppe abgestimmt worden seien und dem Haushalt auch aus der Sicht ihrer Fraktion zugestimmt werde.

Im Hinblick auf die hohe Arbeitslosenquote von 9,7 %, hebt sie die Bedeutung des Jobcenters hervor und lobt ausdrücklich dessen Arbeit. Weiterhin hält sie die Schulförderung für eine vorrangige Aufgabe und regt kostenfreie Bewegungsprogramme für unter 6-Jährige an.

Den steigenden Personalkosten begegne man durch intelligente Einsparungen. Seit 1992 seien 100 Stellen sozialverträglich abgebaut worden. Als positives Beispiel nennt sie die aktuelle Zusammenlegung von Organisationseinheiten der Kreisverwaltung. Sie regt die weitere Straffung von Verwaltungsabläufen an.

In Anbetracht der angespannten Haushaltslage sollte ggf. auch der Verkauf von Beteiligungen, z.B. an der Kreiswohnbau, geprüft werden.

Für die Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN geht der Abg. Rordorf zunächst auf die vorhergehenden Reden ein. Die CDU-Kreistagsfraktion fordere einen rechtskonformen Haushalt. Dieser Anspruch sei verständlich, in der derzeitigen finanziellen Situation aber leider nicht realistisch. Hinsichtlich der in den Haushaltsberatungen teilweise wiederholt gestellten Fragen, regt er mehr fraktionsinterne Vorgespräche an.

Die durch den Landrat in seiner Haushaltsrede dargestellten Vorgaben lassen einen Haushaltsentwurf erkennen, der mit Augenmaß das Machbare zu erreichen versuche. Gestaltungsspielräume seien nur wenige vorhanden.

Als Schwerpunkte benennt er die Haushaltskonsolidierung sowie den Erhalt eines sozialen Sicherungssystems. Als vorbildlich bezeichnet er die Investitionen in die Bildungsförderung.

Er bezeichnet es als positiv, dass der Antrag der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 5000,- € zur Beratung von Empfängern von SGB II-Leistungen bei den Energiekosten einzuplanen, im Haushaltsentwurf berücksichtigt wurde. Er halte eine nachhaltige Konditionierung für erforderlich.

Die Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werde dem Haushalt zustimmen, wenn sie auch nicht mit jedem Detail einverstanden sei. Exemplarisch nennt der Abg. Rordorf die Spreizung der Kreisumlage.

Der Abg. Hausemann äußert, dass er die Absicht einer Energieberatung für Empfänger von SGB II-Leistungen grundsätzlich positiv werte. Dadurch werde die Tatsache unzureichender Finanzmittel bei dieser Zielgruppe jedoch nicht berührt.

Der Abg. Hausemann kündigt an, dem Haushalt nicht zuzustimmen, da die Daseinsvorsorge aus seiner Sicht nicht genügend berücksichtigt sei.

Konsolidierungsmöglichkeiten sieht er in Maßnahmen der Rekommunalisierung. Beispielhaft verweist er hierzu auf Einsparungen die der Landkreis Lüneburg erziele, nachdem er die Abfallentsorgung wieder selbst durchführe.

Der Abg. Dervedde geht auf die Ausführungen der Abg. R. Seeringer ein. Insbesondere wendet er sich dagegen, dass der Landrat mit den „Bankrotteuren“ der gegenwärtigen Finanzkrise verglichen werde. Einen solchen Vergleich hält er für verfehlt. Die Geschwindigkeitsüberwachung als Mittel zu Erhöhung der Verkehrssicherheit dürfe nicht in Frage gestellt werden. Allein die Verkehrsteilnehmer könnten durch verkehrsgerechtes Verhalten die Notwendigkeit der Messanlagen entfallen lassen. Ehrenamtliches Engagement könne die öffentliche Aufgabenwahrnehmung ergänzen; die staatlichen Einrichtungen könnten aber nicht ersetzt werden.

Die Anregung des Abg. Hausemann, die Abfallentsorgung zu rekommunalisieren, könne keinen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung leisten, da diese Aufgabe kostendeckend aus Gebühren zu finanzieren sei.

Der Abg. Röger spricht sich ebenfalls gegen den von der Abg. R. Seeringer gezogenen Vergleich des Landrats mit „Bankrotteuren“ der freien Wirtschaft aus. Anschließend weist er darauf hin, dass nach seiner Ansicht die Rezession bereits das Ausmaß einer Weltwirtschaftskrise angenommen habe und der Haushaltsentwurf diese Tatsache nicht berücksichtige. Er kündigt an, dem Haushalt 2009 nicht zuzustimmen.

Es ergibt sich eine kurze allgemeine Aussprache zu möglichen weiteren Maßnahmen und Einsparpotenzialen, an der sich die Abg. Meyer, Schirmer und Schmitz beteiligen.

KOAR Pfister erläutert bezüglich der von der Abg. R. Seeringer genannten Summe von 36.300 € für Verfügungsmittel das Landrates, dass sie hier die Gesamtsumme des Produktes 1-1-1-010 angeführt habe. Hierbei handele es sich um eine im Haushaltssicherungskonzept dargestellte Sammelposition. Allein für die Partnerschaften seien darin 20.000 € enthalten. Die Verfügungsmittel im eigentlichen Wortsinn betragen aber lediglich 1.600 €.

Die Vorsitzende schließt die Aussprache zum Haushalt.

Sodann stellt die Vorsitzende die Beschlussvorschläge zu den Tagesordnungspunkten 8 bis 11 einzeln zur Abstimmung. Es werden folgende

Beschlüsse

gefasst:

Stellenplan für das Haushaltsjahr 2009

Der Kreistag beschließt den Stellenplan als Bestandteil des Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 2009 gem. § 65 NLO i.V.m. § 85 Abs. 2 NGO und § 5 GemHKVO in der von der Verwaltung erarbeiteten Fassung.

(Abstimmungsergebnis: 23 Stimmen dafür und
16 Gegenstimmen)

Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2009

Die Haushaltssatzung des Landkreises Osterode am Harz für das Haushaltsjahr 2009 wird in der mit Schreiben vom 10. Dez. 2008 überreichten Fassung des Satzungsentwurfs beschlossen.

(Abstimmungsergebnis: 23 Stimmen dafür und
16 Gegenstimmen)

Haushaltssicherungskonzept 2009

Gemäß § 36 Abs. 1 Nr. 8 NLO wird das Haushaltssicherungskonzept für den Landkreis Osterode am Harz beschlossen.

(Abstimmungsergebnis: 23 Stimmen dafür und
16 Gegenstimmen)

Mittelfristige Finanzplanung 2008 - 2012

Der Kreistag beschließt gemäß § 36 Abs. 1 Nr. 8 NLO die Festsetzung der im Investitionsprogramm aufgeführten Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen und nimmt von dem Finanzplan für die Planungsjahre 2008 – 2012 zustimmend Kenntnis.

(Abstimmungsergebnis: 23 Stimmen dafür und
16 Gegenstimmen)

Punkt 12:

Regionalisiertes Teilbudget (RTB) 2007 - 2013

- Drucksache Nr. 153 -

Beschluss:

Der Kreistag beschließt die Novellierung der der Vorlage als Anlage 1 beigefügten Richtlinie „Förderung zur Entwicklung von Unternehmen“ und nimmt vom unveränderten Scoringsystem (Anlage 2 der Vorlage) Kenntnis.

(Abstimmungsergebnis: einstimmig)

Punkt 13:

Satzung über die Bildung und Tätigkeit des Beirats für Menschen mit Behinderungen im Landkreis Osterode am Harz

- Drucksache Nr. 148 -

Der Abg. Rordorf begrüßt, dass auf seinen Antrag hin zwei lokale Behindertensportvereine als vorschlagsberechtigt für den Beirat in der Satzung berücksichtigt werden.

Der Abg. Hausemann weist darauf hin, dass in § 3 Abs. 4 des Satzungsentwurfes ein Schreibfehler enthalten sei. Es müsse „§ 44 Satz 1 NLO“ heißen, nicht „§ 44 Abs. 1 NLO“.

Sodann fasst der Kreistag folgenden

Beschluss:

Der Kreistag beschließt die der Vorlage als Anlage beigefügte Satzung in der mit Schreiben vom 10. Dez. 2008 überreichten Fassung.

(Abstimmungsergebnis: einstimmig)

Punkt 14:

Antrag des Abg. Hausemann;
Einführung eines Sozialtarifs für Stromkunden

Der Abg. Hausemann führt aus, dass die Energiewirtschaftsbetriebe hohe Gewinne erzielen, Einsparmöglichkeiten z.B. aus der Verwertung von Hausmüll aber nicht genutzt bzw. nicht an den Endverbraucher weitergegeben würden.

Energie dürfe nicht zu einem Luxusgut werden. Es müsse ein Grundrecht auf bezahlbare Energie geben.

Den Hinweis auf die Unzuständigkeit des Landkreises werde er nicht akzeptieren. Er appelliert an die Kreistagsabgeordneten und den Landrat, seinen Antrag ernst zu nehmen.

Sodann verliest er den von ihm gestellten Antrag:

Der Kreistag möge beschließen:

„Der Landrat legt dem Kreistag zur nächsten Sitzung einen Bericht vor. Darin wird dargelegt, wie die EU-Richtlinie zum Elektrizitätsbinnenmarkt (2003/54/EG) in Deutschland und insbesondere im Landkreis Osterode umgesetzt wird oder welche anderen Maßnahmen die kommunalen Verwaltungen ergreifen, um Liefersperrern bzw. die Überschuldung von Menschen durch hohe Energierechnungen zu vermeiden.

Als Gesellschafter der Harz Energie GmbH & Co. KG treibt der Landkreis Osterode die Einführung eines Sozialtarifs aktiv voran. Der Landrat wird beauftragt, umgehend einen entsprechenden Vorschlag zu erarbeiten und ihn den Kreistagsabgeordneten zukommen zu lassen. Dabei soll der Anreiz zum sinnvollen Umgang mit Energie nicht geschmälert werden.

Der Landkreis Osterode setzt sich im Rahmen seiner Mitgliedschaft in den kommunalen Spitzenverbänden dafür ein, einen gesetzlich vorgeschriebenen Sozialtarif zu etablieren, damit kommunale Energieversorger mit Sozialtarif-Angebot nicht in der Konkurrenz gegenüber anderen Wettbewerbern benachteiligt sind. Dieser Tarif könnte sich an dem belgischen Modell oder dem des Bundes der Energieverbraucher orientieren.“

Der Abg. Rordorf führt aus, er halte den Antrag politisch und in der Sache für falsch. Teilweise würden Energieunternehmen bereits Sozialtarife anbieten. Diese geschehe weniger aus sozialer Verantwortung heraus, sondern aus Gründen der Werbung und Imageverbesserung. Ausschlaggebend sei für ihn eine Änderung des Nutzungsverhaltens der Endverbraucher. Durchschnittlich betrage der Ausgabenanteil für Strom lediglich 6 % des Gesamtbudgets eines Privathaushalts.

Der Abg. Schirmer verweist auf die Unzuständigkeit des Kreistages.

Die Abg. Meyer kritisiert die hohen Energiekosten und befürwortet eine Entlastung der sozial Schwachen. Der vorliegende Antrag richte sich jedoch an den falschen Adressaten.

Der Landrat erläutert kurz die Bedeutung der im Strompreis enthaltenen Konzessionsabgaben, wodurch sich eine Preisbeurteilung als schwierig erweise. Er hielte es für richtig, bei überzogenen Preisen den Anbieter zu wechseln. Dies sei bei Strom zwischenzeitlich problemlos möglich.

Der Abg. Körner weist darauf hin, dass eine dem Antrag inhaltsähnliche Anfrage bereits in einer früheren Kreistagssitzung ausführlich behandelt worden sei und schlägt vor, auf deren Niederschrift zu verweisen.

Sodann lässt die Vorsitzende über den

Antrag

des Abg. Hausemann abstimmen:

(Abstimmungsergebnis: 1 Stimme dafür,
37 Gegenstimmen und
1 Stimmenthaltung)

Der Antrag ist damit abgelehnt.

Punkt 15:

Anfragen und Mitteilungen

Anfragen werden nicht gestellt, Mitteilungen nicht gegeben.

Punkt 16:

Einwohnerfragestunde

1. Herr Kosching aus Osterode am Harz fragt, warum die Nichtbefassung mit dem Antrag des Abg. Hausemann zur Mittelverwendung bei Projekten gegen extremistische politische Gruppierungen beschlossen wurde.

Der Landrat erläutert, dass der Landkreis Osterode am Harz für die Mittelvergabe nicht zuständig sei. Die Vergabeentscheidungen würden nach den Richtlinien eines Bundesprogramms von einem eigens gebildeten Beirat getroffen. Formal sei jeder Abg. berechtigt, Anträge in den Kreistag einzubringen. Der Kreistag könne jedoch beschließen, sich nicht mit einer Angelegenheit zu befassen; dies sei hier geschehen.

2. Ein Hattorfer Bürger regt an, in der Oderstraße Geschwindigkeitskontrollen durchzuführen

3. Herr Kosching meldet sich nochmals zu Wort und stellt unter Bezug auf den o.a. Antrag des Abg. Hausemann mehrere Fragen zur Behandlung und Bewertung der Partei „Die Linke“, die vom Landrat beantwortet werden.
4. Herr Timo Rose aus Wieda fragt, ob der Landrat eine linkspolitische Ausrichtung mit Linksextremismus gleichsetze und wie seine Einschätzung zur Position der Arbeitsgemeinschaft für Weltoffenheit und Demokratie sei.

Der Landrat antwortet, dass die Arbeitsgemeinschaft für Weltoffenheit und Demokratie auf ihrer Internetseite erkläre, aktiv werden zu wollen, wenn Menschen in Gefahr durch rechte, linke oder andere Formen der Gewalt geraten. Fühlten sich die Mitglieder der Partei „Die Linke“ dadurch diskriminiert, sollten sie tatsächlich über ihre Außenwirkung nachdenken.

Um 17.30 Uhr schließt die Vorsitzende die öffentliche Sitzung des Kreistages.

gez.
Helga Klages

Vorsitzende

gez.
Bernhard Reuter

Landrat

gez.
Jörg Schattenberg

Protokollführer

Genehmigt in der Sitzung des Kreistages am 16. März 2009